

**Verleihung des MERITE EUROPEEN in Gold
an Botschafter a.D. Dr. Dietrich von Kyaw**

**Die Europäische Idee neu denken -
brauchen wir neue Leitbilder für Europa?**

Vortrag von Jacques Santer
ehem. Präsident der Europäischen Kommission
Präsident der Fondation du Mérite Européen, Luxembourg

Berlin, 25. Juni 2014



Die « Stunde null » Deutschlands erlebte ich als Kriegshalbweise und Flüchtling jenseits der Order. Um die deutsche wie europäische Einheit zu fördern, wurde ich Diplomat. 1973 erlebte ich in New York als Delegierter der Vereinten Nationen den Beitritt beider deutscher Staaten. Ab 1989 durfte ich in Bonn dazu beitragen, dass

deutsche und europäische Einheit zu „zwei Seiten der gleichen Medaille“ wurden. Europa bleibt für mich Auftrag und Wunder!“

Diese paar Sätze aus der Feder von Botschafter von Kyaw genügen um die Laudatio zur Verleihung der Goldmedaille des Europäischen Verdienstes zu begründen. Sie sagen mehr aus als alle noch so lange Beweihräucherungsreden über das Wirken und Werken des Botschafters.

Er ist in der Tat Deutscher aber auch europäischer Vollblutpolitiker; er war der einzige ständige Vertreter bei der Europäischen Union während meiner ganzen Amtszeit als Präsident der EU-Kommission. Er schied 1999 aus dem aktiven diplomatischen Dienst aus, aber bis heute noch als Kommentator und Berater zu Fragen der europäischen und inter-nationalen Politik tätig. So beriet er von 2000 bis 2003 die litauischen Verhandlungsführer im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen. Er scheut sich nicht an öffentlichen Debatten teilzunehmen. Als Kommentator kritisierte er die damalige Bundesregierung in Bezug auf die mangelnde deutsche Einhaltung des Euro-Stabilitätspaktes; er befürchtete zu Recht eine Schwächung der Rolle der Kommission sowie eine Verbiegung und „Unterminierung“ des Stabilitätspaktes. In seinen 2009 erschienen Memoiren unter dem Titel: „Auf der Suche nach Deutschland. Erlebnisse und Begegnungen eines deutschen Diplomaten und Europäers“ bezeichnete von Kyaw sich als „modernen deutschen Patriot“, aber auch als Europäer, der verstanden habe, dass bedeutende Probleme heute nicht mehr national zu lösen sind. Für ihn gebe es „keine Alternative zu Europa“.

Und, meine Damen und Herren, wie steht es heute um Europa?

Vom 22. Bis 25. Mai wurden in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union rund 400 Millionen Männer und Frauen ihre Vertreter für ein neues Europäisches Parlament gewählt. Die 751 Mitglieder des neuen europäischen Parlaments übernehmen angesichts der großen Herausforderungen, vor denen Europa steht, für die kommenden fünf Jahre eine hohe Verantwortung.

Europa im Jahr 2014 ist in vielerlei Hinsicht ein „Kontinent in Bewegung“ und unterliegt einer Dynamik, die viele Menschen verunsichert und ängstigt. Dadurch drohen jene alten Reflexe zu erwachen, die in der Vergangenheit zu jenen Ereignissen geführt haben, derer wir uns in diesem Jahr in besonderer Weise erinnern:

- Vor hundert Jahren, am 28. Juli 1914, begann der Erste Weltkrieg, die Urkatastrophe Europas, die den Kontinent und die Weltordnung tiefgreifend veränderte und zum Ausgangspunkt weiterer Kriege und Konflikte wurde.
- Vor 75 Jahren, am 1. September 1939, brach der Zweite Weltkrieg aus, der weite Teile Europas verwüstete, Millionen Menschen Tod und Unheil brachte und jüdisches Leben in weiten Teilen des Kontinents vernichtete. Daraus erwuchs die Einsicht, dass nur ein auf Menschenrechte gegründetes, politisch geeintes und solidarisches Europa den Frieden zwischen seinen Nationen sichern und so eine Wiederholung dieser Katastrophen verhindern könne.
- Vor 25 Jahren beendete der Fall des „Eisernen Vorhangs“ die Teilung Europas als Folge des Zweiten Weltkriegs und ermöglichte den Beginn einer Wiedervereinigung Europas, die auch zur Erweiterung der Europäischen Union führte.

Für viele, vor allem jüngere Menschen, scheint der Frieden in weiten Teilen Europas eine Selbstverständlichkeit zu sein. Die dramatischen Ereignisse der vergangenen Wochen zwischen der Ukraine und Russland und der Krieg in Syrien machen deutlich, dass der Friede in Europa keine Selbstverständlichkeit, sondern eine bleibende Aufgabe ist. Die Bedeutung der Europäischen Integration als Friedensprojekt ist daher ungebrochen aktuell.

Das neu gewählte Europäische Parlament und eine durch dieses bestätigte Europäische Kommission stehen vor einer Reihe von großen Herausforderungen und Aufgaben:

Die seit dem Jahr 2008 andauernde Wirtschafts- und Finanzkrise und in deren Folge die Staatsschuldenkrise führt uns die Verletzbarkeit und die Grenzen unseres Wirtschaftssystems vor Augen. Darüber hinaus haben Staaten besorgniserregend

hohe Schulden aufgehäuft, die schon jetzt die Zukunftschancen der jüngeren Generation schmälern. Eine neue Politik des Maßhaltens ist notwendig. Sie darf allerdings nicht dazu führen, dass sich die bestehende Kluft zwischen Arm und Reich in Europa weiter vertieft.

Besondere Aufmerksamkeit muss der Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa geschenkt werden. Junge Menschen sind in Gefahr, durch Arbeitslosigkeit ihre Zukunftsperspektive und ihr Vertrauen in die Gesellschaft und in die Politik zu verlieren.

Asyl und Migration sind bleibende Herausforderungen für eine wohlhabende und den Menschenrechten verpflichtende Europäische Union. Die Verantwortung für das Leben dieser Menschen darf nicht ausschließlich auf den Schultern jener Länder im Süden und Osten Europas ruhen, die an der Außengrenze der Europäischen Union liegen. Europa wird noch mehr Solidarität und Entschlossenheit brauchen, um weitere menschliche Tragödien wie jene vor Lampedusa zu verhindern.

Die Menschen in Europa und weltweit sind nicht Herren, sondern Sachwalter der Schöpfung. Es braucht daher weitere Anstrengungen zur Erreichung der Klimaziele und im Aufbau einer weltweiten Verantwortung für den Klimawandel. Es gilt, Nachhaltigkeit als ein grundlegendes Prinzip der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, aber auch der persönlichen Lebensweise zu fördern.

Europa in der Krise

„Durch die Ereignisse von 1989 ist der europäische Integrationsprozess erneut unter Begründungszwang und Legitimationsdruck geraten. Seit Maastricht leidet der Integrationsprozess an einem Legitimationsdefizit. Dieses Legitimationsdefizit ist eine der Ursachen für die mangelnde Akzeptanz der EU bei den Bürgern. Akzeptanz aber ist notwendig, um das Integrationsprojekt nicht nachhaltig zu gefährden.“ – Diese Sätze habe ich einem Buch entnommen, dessen Verfasser – ohne dass er das so

beabsichtigt hätte – bereits im Jahre 2003 die Situation beschrieben hat, in welche die Europäische Union eigentlich erst Mitte 2005 geraten ist.

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass die Europäische Union seit Juni 2005, also seit dem französischen "Non" und dem niederländischen "Nee" zum EU-Verfassungsvertrag, in einer Krise steckt. Es ist inzwischen viel Tinte geflossen, um die Frage zu beantworten, um welche Art von Krise es sich dabei handelt.

Ich hege viel Sympathie für Timothy Garton Ashs Interpretationsansatz. Garton Ash glaubt, wir hätten es mit einer Popularitätskrise zu tun. Das sehe ich genau so. Europa – und hiermit sind ja sowohl die Europäische Union als auch die von ihr gemachte oder, mit Blick auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eben *nicht* gemachte Politik gemeint – ist im Laufe der letzten Jahre zunehmend zu einem Reizwort, wo nicht zu einer Hassvokabel geworden. Oder, in den Worten des britischen Journalisten James Morgan: „Europe stands for everything we cannot stand.“ Auf Deutsch: Europa ist zum Inbegriff all dessen geworden, was wir nicht ausstehen können.

Tony Blair seinerseits hat sich einmal geäußert, bei der aktuellen EU-Krise handele es sich um eine „crisis of political leadership“. Auch wenn ich – das sei einem 77jährigen Mann gegönnt – kein politisches Amt mehr bekleide, so trifft mich diese Feststellung doch persönlich. Denn ich muss mir ja dann schon die Frage stellen: Wo haben wir Politiker denn versagt? Wo haben wir keine oder zu wenig Leadership bewiesen? Warum ist es uns nicht gelungen, die neue Dynamik, die nach dem Fall der Berliner Mauer Einzug in die europäische Integrationspolitik gehalten hat, so zu nutzen, dass auch die Menschen in Europa sich von ihr hätten anstecken lassen können?

Europa war ja nicht immer so unpopulär wie heute. Es gab Zeiten, da hatte Europa durchaus eine satte Mehrheit bei den Bürgern. Das war beispielsweise der Fall in den Nachkriegsjahren. Damals war Europa für viele der Inbegriff, wo nicht der Leitbegriff für eine neue Epoche, die nunmehr anbrechen sollte. Und eine ähnliche Europa-Begeisterung wie damals Ende der 1940er Jahre und Anfang der 1950er Jahre konnte man auch gleich nach dem Fall der Berliner Mauer konstatieren. Diese Europa-

Begeisterung, ja diese Europa-Euphorie war indes nur von sehr kurzer Dauer. Schon bei der Aushandlung des Maastrichter Vertrages (im Jahre 1991) haben wir feststellen müssen, dass es sich bei dieser anfänglichen Europa-Begeisterung lediglich um ein Strohfeuer gehandelt hat. Die Bürger haben uns Politikern unmissverständlich klar gemacht: „Was Europa betrifft – wir haben fertig!“

Europa hatte seinen Ende 1989 allenthalben sichtbaren Sexappeal also schnell wieder verloren. Natürlich kann man sich, wie Jacques Delors einmal sagte, nicht in einen Binnenmarkt verlieben. Aber die Europäische Union hat ja inzwischen viele andere Charaktereigenschaften, von denen doch einige, so glaubten wir Politiker jedenfalls, die Liebe der Bürger entflammen müssten. Heute, fünfundzwanzig Jahre nach dem Mauerfall, müssen wir jedoch leider eine ernüchternde Bilanz ziehen. Weder die Währungsunion, noch die Osterweiterung, weder die – ich gestehe – im Moment noch sehr rudimentäre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, noch der EU-Verfassungsvertrag sind echte "projets mobilisateurs" gewesen, im Gegenteil. Sicher: Diese bedeutenden Integrationsschritte haben die Europäer geeint. Doch leider nicht so, wie wir Politiker uns das vorgestellt, erwartet und erhofft haben, denn: Sie haben zur Gründung einer zweiten europäischen Union geführt, nämlich der Union der Bürger GEGEN die Europäische Union!

Das Traurige daran für mich ist, dass Europa scheinbar Opfer seines eigenen Erfolges geworden ist. Fakt ist: Der inzwischen in 18 Mitgliedstaaten als Landeswährung fungierende Euro wird in den Ländern der EURO-Gruppe nahezu ausschließlich als „Teuro“ wahrgenommen. Mit der Osterweiterung konnotiert man – statt Garantie für dauerhafte Stabilität und Frieden in Europa – hauptsächlich Begriffe wie: Kriminalität, illegale Zuwanderung, Delokalisierung von Unternehmen usw. Das Versagen der Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Jugoslawien-Konflikt hat auch nicht gerade dazu beigetragen, die Rolle der EU als wichtiger internationaler Akteur zu stärken. Und die Debatte über die EU-Verfassung, hat mehr Schimpf und Schande über Europa gebracht als jedes andere Integrationsprojekt zuvor.

Die aktuelle Krise der EU ist somit auch eine Legitimationskrise. Und hierbei geht es nicht primär um die demokratische Legitimation, sprich: um die Tatsache, dass Europapolitik angeblich nicht hinreichend *demokratisch* legitimiert ist. Es geht vielmehr

um die *grundsätzliche* Legitimation europäischer Integrationspolitik. Und dies erklärt dann auch, warum neue Europa-Debatten entstehen, wie beispielsweise die Debatte über neue Leitbilder für Europa.

Wir haben es hier also mit einer relativ normalen, ja fast schon natürlichen Entwicklung zu tun. Wenn die alten Leitbilder zur Legitimation einer Politik nicht mehr taugen, dann entsteht unweigerlich der Ruf nach neuen Leitbildern. Doch der Ruf nach neuen Leitbildern für Europa ist keineswegs so neu, wie man jetzt meinen könnte. Anlässlich des 30. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge hatte Prof. Werner Weidenfeld konstatiert, dass die Motivationen der EG-Gründerväter ihre einst kohäsive Wirkung inzwischen eingebüßt und ihre initiale Schubkraft sowie ihre einstige Dynamik verloren haben. Heute könnte Weidenfeld seinen Text aus dem Jahre 1987 erneut veröffentlichen, ohne auch nur ein Jota wegzulassen. Und man müsste ihm erneut beipflichten.

Werner Weidenfeld beizupflichten hieße dann aber, alle Motivationen der Gründerväter als obsolet abzustempeln und sie in die Mottenkiste der Geschichte zu verbannen. Mit einer dieser Motivationen könnte man das ohne weiteres tun: die europäische Integrationspolitik ist schon lange kein Bollwerk gegen den Bolschewismus mehr. Wie aber verhält es sich mit den anderen Motivationen der Gründerväter?

- Ist europäische Integrationspolitik heute etwa keine Friedenspolitik mit anderen Mitteln mehr?
- Spielt das Argument der Generationen übergreifenden Vorteilsgemeinschaft keine Rolle mehr?
- Müssen wir heute nicht mehr dafür sorgen, dass Europa wieder eine seine historische und politische Bedeutung widerspiegelnde Position im Internationalen System erhält?

Lassen Sie es mich gleich vorwegnehmen: Die Motivationen der EG-Gründerväter, die seinerzeit ja die eigentliche Grundlage für die Leitbilder europäischer Integrationspolitik bildeten, sind keineswegs alle obsolet geworden. Richtig ist, dass sie nicht mehr so recht greifen wollen, dass sie tatsächlich ihre ursprüngliche

Schubkraft eingebüßt haben. Falsch aber wäre es, sie außen vor zu lassen und einfach durch neue Leitbilder zu ersetzen. Ich glaube vielmehr, dass man sie reaktivieren muss. Und mit reaktivieren meine ich, sie an die neuen Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anpassen. Eine derartige Adaptierung der alten Leitbilder an die Jetzt-Zeit schließt ja die Suche nach neuen Leitbildern nicht aus. Beide Vorhaben könnten doch ohne weiteres parallel verwirklicht werden!

Das Reaktivieren der alten Leitbilder und die Suche nach neuen Leitbildern macht meines Erachtens aber nur dann wirklich Sinn wenn beide Vorhaben flankiert werden von einer absolut grundsätzlichen Debatte über die Interessen Europas beziehungsweise der Europäischen Union. Und an dieser Debatte sollten sich auch die Akademiker ruhig beteiligen.

Die Interessen der Europäischen Union

Wenn wir über Europas Interessen beziehungsweise die Interessen der Europäischen Union reden, dann sollten wir dabei zunächst zwischen zwei Kategorien von Interessen unterscheiden.

Zum einen: die Makro-Interessen, d.h. jene Interessen, die auch andere Staaten oder Staatengemeinschaften als die ihren betrachten. Gemeint sind damit all jene Fragen und Herausforderungen, die Peter Opitz schlicht und einfach als „Weltprobleme“ bezeichnet, also:

- Frieden und Stabilität im Internationalen System
- Klimawandel und Umweltprobleme
- nachhaltige Entwicklung
- und die politische Gestaltung von Globalisierung.

Das sind Probleme und Herausforderungen, die globale Lösungsansätze erfordern, die also nur auf internationaler Ebene – meinetwegen im Rahmen der viel beschworenen Global Governance – angepackt und gelöst werden können.

Zum anderen: die Mikro-Interessen, also die spezifisch europäischen Interessen, d.h. die europäisierten "nationalen" Interessen der EU:

- Europa zu einem dynamischen und weiterhin wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum entwickeln (Lissabon-Strategie)
- das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell an die neuen Gegebenheiten einer zunehmend globalisierten Welt anpassen
- die transatlantischen Beziehungen re-intensivieren
- oder auch das eminent wichtige Problem der europäischen Demographie endlich verstärkt thematisieren, das wir nicht allein dadurch lösen können, dass wir in einzelnen EU-Staaten das Elterngeld erhöhen oder fortpflanzungsfreudigen Nationen die EU-Mitgliedschaft anbieten.

Ich wäre jetzt fast schon geneigt zu sagen, hier gäbe es eigentlich genug Potential für das Erstellen eines neuen Leitbildes. Aber Leitbilder, insbesondere politische Leitbilder, erfüllen ja nur dann ihren Zweck, wenn sich die Menschen mit ihnen identifizieren können.

Wenn wir uns die von mir genannten Interessen nun einmal durch die Brille der EG-Gründerväter anschauen, dann stellen wir relativ schnell fest, dass deren Motivationen zur Initiierung des europäischen Integrationsprozesses zu Beginn der 1950er Jahre heute keineswegs obsolet geworden sind.

Die Tolstoi-Frage „Krieg und Frieden“ ist heute ebenso aktuell wie damals. Angesichts der neuen Kriege, neu insofern als sie im Gegensatz zu den alten Kriegen nicht symmetrisch, sondern asymmetrisch sind, die uns die Experten prophezeien, ist die seinerzeitige Hauptmotivation der EG-Gründerväter heute immer noch ein allein ausreichender Grund, um den europäischen Integrationsprozess unbeirrt fortzusetzen. Ich glaube – dieses Zwischenfazit kann man jetzt schon ziehen – der Leitbegriff "Friede" ist immer noch ein Begriff, unter dem auch weiterhin europäische Integrationspolitik gemacht werden kann. Wir können dieses Leitbild also auch weiterhin beibehalten, wir müssen es eben nur reaktivieren. Denn: für die jungen Menschen ist Frieden so selbstverständlich, dass man sie mit diesem Argument erst mal nicht für Europa begeistern kann.

Ähnlich wie in der Bibel, wo es heißt, man müsse "Glaube, Hoffnung und Liebe" haben und, so wird dann betont: "aber die Liebe ist das Wichtigste", so gibt es auch bei den Motivationen der Gründerväter eine eindeutige Hierarchie. Das Wichtigste aber ist der Frieden.

Sicher: Die europäische Integrationspolitik hat Europa die längste Friedensperiode gebracht, die dieser komplizierte Kontinent in seiner Geschichte jemals gekannt hat. Und sie hat kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu einem Ding der Unmöglichkeit gemacht. Dennoch müssen wir wachsam bleiben, denn: an Bedrohungen fehlt es nicht siehe die Vorgänge in der Ukraine.

In der Tat: In den letzten Wochen haben uns Bilder mit dramatischen Szenen begleitet. Der Umbruch in der Ukraine hat nicht nur die Schlagzeilen dominiert und die Menschen in Europa in Beschlag genommen, sondern auch uns zutiefst bewegt. Zunächst die wochenlangen Proteste und das dramatische Ringen um die Hoheitsgewalt in Kiew und dann auch in den anderen Landesteilen, schließlich die völkerrechtswidrige russische Invasion auf der Krim, die Bestrebungen zur Abtrennung der Krim von der Ukraine und ihre Eingliederung in die Russische Föderation. Das alles kann uns aus verschiedenen Gründen nicht kalt lassen.

Zum einen weil die Vorgänge auf der Krim Europa in die schwierigste außenpolitische Situation seit langem gestürzt haben. Wer hätte geglaubt, dass wir so schnell in Logiken des Kalten Krieges zurückzufallen oder wir es in Europa noch einmal mit der Annexion von Gebieten zu tun bekommen? Die Politiker in der Ukraine stehen vor einiger gewaltigen Aufgabe, ihr Land zusammenzuhalten, aber nicht in eine kriegerische Auseinandersetzung mit Russland gezogen zu werden. Auch die Politiker in der Europäischen Union und der Welt arbeiten fieberhaft an einer Beilegung des Konflikts. Dies gilt aber vor allem auch für die Menschen in der Ukraine selbst, die sich nicht nur mit dem politischen Umbruch in ihrem Land, den großen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen, sondern nun auch noch mit der externen Bedrohung konfrontiert sehen.

Zum anderen kann uns die Entwicklung in der Ukraine nicht kalt lassen, weil sie uns auch einen Spiegel vorhält. Der Umbruch dort richtete sich ja nicht nur gegen eine

Regierung, eine Klasse und ein System, die das Recht gebeugt und verbogen und das Land ausgenutzt haben, um sich selbst zu bereichern. Der Umbruch war auch ein Engagement für eine europäische Ausrichtung des Landes. Dies sollte uns zu denken geben, die wir uns in den letzten Jahren um uns selbst und um die Herausforderungen im Finanz- und Wirtschaftsbereich gedreht haben. Natürlich war auch diese Staatsschuldenkrise eine schwere Krise, aber die existenziellen Fragen der Ukraine haben doch noch einmal eine andere Dimension.

Dieses proeuropäische Engagement in der Ukraine und der Wille, zu einem politischen Europa zu gehören, fordern uns heraus, die wir bereits Mitglieder der Europäischen Union sind. Wie steht es um unseren Einsatz für Europa? Im Mai dieses Jahres standen die Wahlen zum Europäischen Parlament an, und wir müssen erneut eine schwache Beteiligung der Wählerinnen und Wähler in Europa feststellen. Es stellt sich die Frage, ob wir nicht etwas müde und faul geworden sind, uns um die politischen Belange Europas, um unsere eigenen politischen Belange zu kümmern. Die demokratische Bewegung in der Ukraine macht uns erneut deutlich, dass die Errungenschaften unseres freien und demokratischen Europas keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern der beständigen Unterstützung der Bürger und der Völker bedürfen.

Wir müssen immer wieder von der Notwendigkeit reden, die eine europäische ist, dass wir eine Friedensaufgabe in Europa und in der Welt zu erledigen haben. Das ist ja auch der Grund wieso wir weltweit überhaupt noch Beachtung finden. Weil viele wissen: die Europäer haben nach dem Zweiten Weltkrieg etwas zustande gebracht, was in anderen Teilen der Welt nicht zustande gebracht werden konnte. Das war nicht unsere Generation, das war die Generation unserer Väter und Mütter, der Kriegsgeneration, die von den Frontabschnitten zurückgekehrt und aus den KZ's entlassen, aus diesem ewigen Nachkriegssatz „nie wieder Krieg“ nicht nur ein Gebet werden lassen, was schnell verfliegt, sondern ein politisches Programm entworfen haben, das bis heute seine Früchte trägt.

Eine der größten Gefahren ist für mich die zunehmende und auch verstärkt zu beobachtende Fragilität des sozialen Friedens in Europa. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände in einigen Mitgliedsstaaten könnten durchaus nur die Vorboten von

Konflikten gewesen sein, mit denen die Europäische Union in den nächsten Jahren verstärkt konfrontiert werden wird. Ich pflichte all jenen Europapolitikern bei, die – wie beispielsweise Jean-Claude Juncker – nicht müde werden zu betonen, Europa müsse sozialer werden. Gemeint ist damit indes nicht eine Europäisierung der Sozialsysteme der einzelnen EU-Mitgliedstaaten, sondern: die verstärkte Berücksichtigung der sozialen Komponente bei wirtschaftspolitischen EU-Entscheidungen.

Die beste Sozialpolitik aber ist immer noch eine kluge Wirtschaftspolitik. Der EU-Verfassungsvertrag spiegelt diesen philosophischen Ansatz wider. Er wurde unter anderem auch als Instrument für eine politische Mitgestaltung der Globalisierung konzipiert. Er versteht sich als eine Art europäisches Vademecum für die politische Gestaltung der Globalisierung. Leider aber haben die Bürger den EU-Verfassungsvertrag nicht als solches wahrgenommen. Die Kritiker und Gegner des EU-Verfassungsvertrages haben immer wieder moniert, die soziale Komponente finde zu wenig Berücksichtigung in diesem Vertrag. Diese Interpretation aber greift entschieden zu kurz und trägt der Philosophie beziehungsweise dem Geist dieses Vertrages nicht genügend Rechnung. Geht man jedoch von der Prämisse aus, dass die beste Sozialpolitik mit einer klugen Wirtschaftspolitik beginnen muss, dann ist der EU-Verfassungsvertrag wesentlich sozialer als gemeinhin angenommen wird.

Ich halte es mit Blick auf Europas Zukunftsfähigkeit jedenfalls für unverantwortlich, wo nicht gefährlich, wenn wir – gewollt oder ungewollt – die Menschen weiterhin in ihrer Auffassung bestärken, dass „soziale Gerechtigkeit“ lediglich aus staatlich organisierter Umverteilung besteht. Sozial gerecht ist beispielsweise auch, dass Leistung wieder verstärkt honoriert wird. Denn durch überdurchschnittliche Leistungen entstehen ja erst die Mehrwerte, die eine sozial gerechte Umverteilung überhaupt möglich machen. Und wenn die überdurchschnittlichen Leistungen nur noch außerhalb Europas erbracht werden, dann wird sich in zehn, zwanzig Jahren die Frage der Umverteilung und damit der sozialen Gerechtigkeit bei uns in Europa erst gar nicht mehr stellen.

Nicht von der Hand zu weisen ist auch die Aktualität einer anderen Motivation der Gründerväter, nämlich: Europa eine gewichtige Stimme im Konzert der Nationen zu verleihen. Insbesondere in außen- und sicherheitspolitischen Fragen wird die

Europäische Union ihre Interessen nur dann wahrnehmen können und auch respektiert sehen, wenn sie mit einer Stimme spricht. Das Chaos rund um den Irakkrieg hat uns das deutlich vor Augen geführt.

Meine Damen und Herren,

Die grundlegende Frage für mich ist folgende:

Warum hat der Europagedanke viel von seiner ursprünglichen Zündkraft und Dynamik verloren? „Ich persönlich bin der Meinung, dass die europäische Öffentlichkeit im Laufe der Jahre den Faden verloren hat, dass sie die politische Übereinstimmung unserer Länder über die Beweggründe für die Durchführung des gemeinsamen Werks wie auch über die Wesenselemente dieses von uns angestrebten Europa vermisst. Wenn wir die Europäische Union zustande bringen wollen, müssen wir daher zunächst dieses gemeinsame Leitbild wiederherstellen.“ Diese Sätze stammen nicht von mir, sondern aus der Einführung von Leo Tindemans, dem damaligen belgischen Ministerpräsidenten, zu seinem Bericht über die Europäische Union, den er am 29. Dezember 1975 an seine Kollegen im Europäischen Rat übermittelte, dies vor fast 40 Jahren. Und doch erweist diese Einschätzung sich nicht heute noch als zutreffend?

Wohl hat die Integration Europas sich als richtige Strategie erwiesen. Auch Rückschläge und Krisen ändern nichts an der Tatsache, dass die Europäische Gemeinschaft seit nunmehr über 60 Jahren als Stabilitätsanker nach innen wie nach außen entscheidend zu Freiheit und Sicherheit, Wohlstand und sozialem Frieden beigetragen hat. Die über die Verträge von Maastricht und Amsterdam zur Europäischen Union weiterentwickelte Gemeinschaft gehört heute zu den politisch attraktivsten und wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen der Welt. Kein Mitgliedstaat der Union kann und will diese Erfolge aufs Spiel setzen.

Und trotzdem haben die heftigen Diskussionen um den Verfassungsvertrag und die Referenden, die in Frankreich und den Niederlanden wie auch in Luxemburg stattfanden, gezeigt, dass die Union zum Teil erheblichen Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung gegenübersteht. Die Unsicherheiten und Ängste, die dabei sichtbar wurden, sind gewiss nicht allein durch das Erscheinungsbild der Gemeinschaft bedingt, sondern sind auch Folgen eines allgemeinen politischen Vertrauensverlustes, der in nahezu allen Staaten Westeuropas zu beobachten ist. Doch die Europäische

Union ist gefordert, der ihr gegenüber gewachsenen Distanz entgegenzuwirken. Die gegenwärtige ambivalente öffentliche Meinung zum Integrationsprozess erleichtert die Umsetzung der vorgelegten Reformen nicht, macht sie aber bei näherem Hinsehen umso dringlicher. Gelingt es nicht, die Bürger für die europäische Sache zu gewinnen, droht der EU die Erosion von innen.

Heute müssen wir darüber nachdenken, wie es mit Europa weitergehen soll. Wir sollten in der Lage sein auf drei Fragen eine Antwort zu geben:

- Wieviel Europa wollen wir? Wie weit soll also die Vertiefung gehen?
- Wo liegen die Grenzen der Europäischen Union?
Wieviel Erweiterung können wir also verkraften?
- Was trägt Europa zur Sicherung unserer Zukunft bei? Wie bewahren wir Wohlstand und soziale Sicherheit?

Die Fragen beinhalten zuerst und meines Erachtens prioritär, die politische und geographische Finalität der Union.

Eines scheint mir klar. Das zukünftige Europa wird nicht der „Superstate“ sein, den die britische Boulevardpresse nicht müde wird als Schreckensgespenst zu stigmatisieren. Wir werden das Europa nicht aufbauen nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika. Die nationale wie auch die kulturelle Identität der einzelnen Mitglieder wird erhalten bleiben. Jacques Delors hat einmal den Ausdruck geprägt: Die Europäische Union wird eine Föderation von Nationalstaaten sein. Aber ist dies nicht eine *Contradictio in terminis*? Europa wird also ein Verbund von Staaten sein und auf lange Zeit bleiben. Die Frage bleibt dann: Wie organisiere ich diesen Verbund und was soll er tun.

Auf diese Frage hat, meines Erachtens, der Verfassungsvertragsentwurf geeignete Kompromissvorschläge beinhaltet.

Auch sollten wir nicht glauben, Europa müsse alles tun. Weniger ist manchmal besser. „Less but better“, war der Slogan meiner EU-Amtszeit und in einem Zug habe ich 240

Vorschläge vom Tisch des Hauses zurückgezogen, zum größten Leidwesen damals der Europaparlamentarier.

Neben der politischen Finalität ist die geographische Finalität – die Frage nach den Grenzen Europas – von hervorragender Bedeutung. Der französische Historiker Jacques Le Goff hat deutlich gemacht dass es keine Identität Europas geben kann ohne eine geographische Abgrenzung. Hier stellt sich die Frage ob wir nicht ein wenig voreilig waren z.B. in der Türkeifrage ohne ein Gesamtkonzept über die Entwicklung in anderen Staaten unseres Kontinents zu entwerfen.

Eines scheint mir jedenfalls auferlegt. Je weiter wir die Grenzen Europas ausdehnen, je grösser und aufdringlicher wird die Frage nach einem Kerneuropa. Allerdings um diese Frage drücken sich die Politiker wie die Katze um den heissen Brei. Aber sie wird sich stellen, so oder so!

Bleibt die dritte Frage, die Frage nach der Zukunftssicherung, wirtschaftlich und sozial. Wirtschaftliches Wachstum, Produktivität und Beschäftigung sind in Europa weitestgehend unbefriedigend. Hinzu kommen neue Herausforderungen: alternde Gesellschaften, Anpassungszwänge erfordert durch die fortschreitende Globalisierung. Hier hat Europa versagt. Es war wohl überheblich 2000 in alle Welt hinauszuposaunen, Europa bis zum Jahre 2010 zur wettbewerbsfähigsten auf Wissen gegründete Wirtschaftsregion der Welt zu machen. Diese Lissabon-Strategie ist kläglich gescheitert und hat wesentlich zur Politikverdrossenheit beigetragen und der Glaubwürdigkeit der europäischen Institutionen geschadet. Hier brauchen wir einen neuen Ansatz und einen neuen Anlauf.

Der Verfassungsvertragsentwurf der nach langen Verhandlungen zuerst von dem europäischen Konvent und anschließend von der Regierungskonferenz ausge-arbeitet und von allen Staats- und Regierungschefs der damals 27 Mitgliedstaaten am 29. Oktober 2004 in Rom unterzeichnet wurde, versucht Antworten auf die wesentliche Frage zu geben: „Welches europäische Modell wollen wir für das 21. Jahrhundert?“ oder anders ausgedrückt: „Was wollen wir Europäer gemeinsam tun?“

Wenn auch der Verfassungsvertrag bis jetzt nicht im vollen Umfang umgesetzt wurde, so sind trotzdem die großen Richtlinien im neuen Lissabonvertrag angegeben.

Fazit

Mein bescheidenes Fazit - und hier sehen Sie, dass Politik immer aus Kompromissen besteht - lautet: Europa braucht sicher ein paar neue, an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts angepasste Leitbilder; aber einige der alten Leitbilder sollten weiterhin neben diesen neuen, noch zu eruiierenden Leitbildern stehen.

Der Beitrag der akademischen Welt bei der Suche nach neuen Leitbildern ist eminent wichtig. Er wird indes nur Makulatur bleiben, wenn es der Politik nicht gelingt, ein neues "projet mobilisateur" für Europa zu finden! Der Euro war das nicht (er wird als Teuro perzipiert); die Osterweiterung war das auch nicht; der Beitritt der Türkei wird meines Erachtens auch nicht dazu führen, dass alle Euroskeptiker zu Europa-Befürwortern mutieren.

Wir müssen den Europäern die Möglichkeit geben, wieder stolz auf ihr Europa zu sein. Aber: hier wieder grundsätzlich: Europa hat sich immer ex negativo definiert, seit der Antike! Das tun wir bisweilen auch heute noch: wir Europäer sind nicht, um es in Anlehnung an Robert Kagan zu sagen, vom Mars (also kriegslüstern wie die Amerikaner), sondern wir sind Kinder der Venus: friedliebend und den angenehmen Seiten des Lebens zugewandt. Ich glaube, es wird Zeit, dass wir uns positiv definieren. Demnach gilt: die Leitbild-Debatte macht nur Sinn, wenn sie integraler Bestandteil einer großen Identitätsdebatte ist: Wer sind wir und vor allem: wer oder was wollen wir Europäer sein? Und wenn wir erst einmal wissen, was wir in Zukunft sein wollen, dann können wir auch sagen, welchen Beitrag wir Europäer für das 21. Jahrhundert leisten wollen. Und daraus könnten sich dann schon einige neue Leitbilder für Europa ergeben...